

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

94 (13.8.1923)

Ersteinst
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. unsere Ausreiter
ohne Bestellgeld
monatlich 20 000.— Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit 7-5 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Fernsprechanruf Nr. 11.

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6003.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Beile 2000.— Mk.
Familien-Anzeigen 1000.— Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Beile 6000.— Mk.
Anzeigen mit Bekadrage oder
Auskunft 6000.— Mk. Sonderbe-
drückung. Alle Preise freibleibend.
Grundschrift im Anzeigen- und
Textteil ist Fett.
Bei Wiederholungen tarifferter
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Be-
treibung oder bei Konkurs erlischt.
Vorgeschrieben werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
phonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen müssen
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 94.

Montag, den 13. August 1923.

84. Jahrgang

Rücktritt der Regierung Cuno.

Dr. Stresemann übernimmt die Bildung einer Regierung der großen Koalition.

Berlin, 12. August. Reichskanzler Dr. Cuno hat heute nachmittags dem Reichspräsidenten die Demission des Reichskabinetts angezeigt. Der Reichspräsident beauftragte in später Abendstunden den Abg. Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts. Dr. Stresemann hat den Auftrag angenommen und wird versuchen, auf der Grundlage der großen Koalition eine Regierung zu bilden.

Die Ereignisse haben sich in den beiden letzten Tagen über-
füllt. Am Freitag abend hat der Reichstag die Steuerentwürfe
der Regierung Cuno mit überwältigender Mehrheit und
fast einstimmig angenommen. Aber die Aufnahme, welche die
große Rede Cunos im Reichstag und in der Presse namentlich
hinsichtlich ihres außenpolitischen Teiles gefunden hatte, und
das Echo, das dieser Rede aus dem Auslande zurückgeschallt,
hatten gezeigt, daß die Lage des Kabinetts Cuno gefährdet waren.
Die ungeheure Teuerung hatte eine starke Erregung in der
Bevölkerung erzeugt. Sie äußerte sich in Lebensmittelunruhen,
in Streiks und Demonstrationen aller Art. Der Buchdruckerstreik
in Berlin hatte die Notensprende lähmgelegt, von den Kommuni-
stischen wurde Generalfreikampagne ausgeführt und zum Teil be-
folgt. Alle diese Wirrnisse und Gefahren konnten mit Recht
zu einem guten Teil auf das Schuldkonto der Regierung Cuno
gesetzt werden, und so war es klar geworden, daß eine neue
Politik der politischen Konzentration und der wirtschaftlichen
Sanierung von diesem Kabinett nicht mehr eingeleitet werden
konnte, weil es dazu das Vertrauen im Volk nicht besitzt.
Die Sozialdemokratie, seit längerer Zeit schon Gegnerin des Ka-
binetts Cuno, wurde sowohl durch den kommunistischen Miß-
trauensantrag wie durch die Haltung der Arbeitermassen ge-
nötigt, sich zu entscheiden. Sie tat es am Sonntag durch ihren
Beschluss gegen Cuno und hat damit den Stein ins Rollen ge-
bracht. Die Situation erforderte eine neue Regierung, die sich auf
eine breitere parlamentarische Grundlage stützen kann, und so
ist in diesem Augenblick der Not endlich die Regierung der
großen Koalition von der Deutschen Volkspartei über Zen-
trum und Demokraten bis zur Sozialdemokratie zustandege-
kommen und Dr. Stresemann soll ihr Kanzlerführer sein.

Dr. Stresemann zur Lage.

Berlin, 12. August. Der beauftragte Reichskanzler Dr.
Stresemann hat heute, unmittelbar nach seiner Ernennung,
die folgenden Mitteilungen über den Gang der Ereignisse und
über die politische Lage gemacht:
Der bisherige Reichskanzler Dr. Cuno hat heute nachmittags
dem Reichspräsidenten Ebert seine Demission überreicht und sie
schriftlich begründet. Dr. Cuno führte darin aus, er habe sich
davon überzeugt, daß der Gedanke den Widerstand des Volkes
nach außen und nach innen hin, gegen den Einbruch ins Ruhr-
gebiet und die kommunistischen Umtriebe, zu verstärken durch
eine Zusammenfassung der Regierung auf breiterer Grundlage
von den politischen Parteien vollausgeführt worden sei. Aus
diesem Grunde bittet er den Reichspräsidenten, zurücktreten zu
dürfen.

Die Ereignisse, erklärte Dr. Stresemann, haben sich so
vollzogen, daß der gestern gefasste Beschluss der Sozialdemo-
kraten den Hauptanlaß gegeben hat. Die Sozialdemokraten
hatten noch keinen formellen Beschluss gefasst, das kommunistische
Mißtrauensvotum im Reichstag zu unterstützen, sondern hatten
sich noch vorbehalten, ein eigenes Mißtrauensvotum einzu-
bringen; sie hatten aber den Grundgedanken aufgestellt, daß beim
Rücktritt Dr. Cunos ein Kabinett die Geschäfte weiterführen
müsse, das von ihnen als stärker angesehen wird, als die bis-
herige Regierung. Der Reichskanzler Dr. Cuno hat sich dem
Gedanken nicht verschlossen, daß es einer anderen Regierung,
die das Vertrauen der Sozialdemokratie besitze, möglich sein
würde, die Volksmassen hinter sich zu ziehen. Dr. Stresemann
bezeichnet es als unrichtig, daß die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft
des Reichstages den Reichskanzler Dr. Cuno zu seinem Rück-
tritt gedrängt habe.
Die außerordentlich gespannte Situation charakterisierte der
neue Reichskanzler dadurch, daß anlässlich des Schreibens der
englischen Regierung an die französische in außenpolitischer
Beziehung und des Versuches der Kommunisten, dem General-
streik in Mitteldeutschland eine Ausdehnung zu geben, in inner-
politischer Beziehung wichtige Ereignisse eingetreten sind.
Dr. Stresemann drückte seine Hoffnung aus, daß er bei der
Unterstützung, die ihm die Fraktionen des Reichstages ver-
sprochen haben, die Bildung des Kabinetts in verhältnismäßig
kurzer Zeit vollständig zu Ende führen wird. Die Erklärung
der neuen Regierung vor dem Reichstag wird mit der Beratung
der Goldanleihe verbunden werden.

Der Tag der Verfassung.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

Berlin, 11. August.

An das deutsche Volk!

In schwerer Bedrängnis, rückblickend auf ein Jahr des
Leidens und Duldens und Vorwärtsschauens in die dunkel
verhangene Zukunft, begehrt heute Deutschland seinen Verfas-
sungstag. Jeder von uns kennt das ungeheure Ausmaß un-

serer Not und Bitterkeit und dennoch: Wir wollen den be-
sonderen Sinn dieses Tages nicht vergessen.

Das deutsche Volk hat sich seine Verfassung gegeben,
einig in seiner Stärke und von dem Willen befeuert, sein
Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen,
dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und gesellschaft-
liche Fortschritte zu fördern. Diesen Willen wollen wir heute
aufs neue bekunden und bekräftigen.

Gerade auf den heutigen Tag sind 7 Monate vergangen, seit
die Franzosen und Belgier in unser Land eingebrochen sind.
Sie haben unsere fleißige Arbeit stillgelegt und schuldlose Men-
schen, Jung und Alt, verjagt, gepeinigt, gemartert, getötet.
Sie haben unser redliches Bemühen, Unerfüllbares erfüllbar
zu machen, in tiefe Erbitterung verwandelt. Etwas Gutes für
sich und Europa haben sie nicht erreicht, es sei denn, daß sie
das eine erreicht haben; Nie noch so selbstfest, nie noch so
innigen Glaubens wie jetzt sind wir Deutsche unserer Stam-
meszugehörigkeit bewußt worden.

Das Unglück verbindet, Mannesfaust schlägt ein in Man-
nesfaust, Frauenhand faßt Frauenhand.

Deutsch sind wir und deutsch wollen wir bleiben!

Wir blicken vergeblich in die Ferne, Schutz und Hilfe
kommen nicht von dort. Die Begeisterung für das Recht scheint
draußen schlafen gegangen zu sein. Wo sie wach ist, fällt sie
willkürlicher Gewalt nicht in den väterländischen Arm. Wir
müssen uns selber helfen.

Deutsche am Rhein, Ruhr und Saar, Ihr seid uns ein
Beispiel, das uns immer wieder erheben soll. Verzagt nicht! Noch
nie hat ein Sieger im Rausche seiner Macht Recht behalten.
Das lehrt die Weltgeschichte.

Deutsche an allen freien Strömen des Vaterlandes, laßt
Euch nicht von Kleinmut niederdrücken und nicht von Selbst-
sucht leiten. Für Genußsucht und Luxus läßt die Not des
Volkes keinen Raum. Fort daher mit dem häßlichen, die
Darben aufreizenden Erscheinungen gedankenlosen Launens!
Seid Euch stets bewußt, daß der Kampf an Rhein und Ruhr
auch von Euch bereits Opferchaft und die Not der Stunde
von allen Gliedern unseres Volkes selbstlose und große Lei-
stungen verlangt!

Regierung und Reichstag sollen Mut und Tatkraft zeigen,
Entschlüsse finden, um durch eigene Kraftanstrengung die Not
dieser Tage zu meistern.

Verzehrt Euch nicht in Zwietracht, im Kampf der Son-
derinteressen und im Markten und Feilschen,
sondern helft!

Für Eure Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr
ist heute eine große Sammlung vorbereitet. Gebt auch hier
mit vollen Händen. Bedenkt, daß mit Geld wenigstens ein
einiges unserer gequälten Volksgenossen geholfen werden
kann.

Deutsche, laßt das Ergebnis dieser Tage, mutig in der
Not, ein unerschütterliches Bekenntnis sein, ein Bekenntnis
zum einigen, unteilbaren und der Zukunft trotz alledem unge-
beugt entgegengehenden Deutschen Reich und zur deutschen Re-
publik!

Das deutsche Volk hat in seiner harten Geschichte schwerere
Zeiten bestanden. Es wird auch diese trüben Stunden über-
winden, wenn es standhaft bleibt, in Treue zusammenhält,
in gemeinsamer Ordnung, Arbeit und Opferwilligkeit.

Berlin, am Verfassungstage 1923.

Der Reichspräsident:

gez.: Ebert.

Die Feier im Reichstag.

Berlin, 11. August. Die Wiederkehr des Verfassungs-
tages wurde heute durch eine bescheidene Veranstaltung im
Reichstag gefeiert. Durch die politischen Verhältnisse und die
Streikbewegung ist allerdings in der Hauptstadt keinerlei Fest-
stimmung vorhanden. Der Fahnenstempel ist abgesehen von der
Wilhelmstraße mit ihren Regierungsgebäuden recht spärlich.
Selbst die Fahnenstangen des Gebäudes der Hapag, deren
Generaldirektor heute Reichskanzler ist, sind leer. Der Singsaal
des Reichstages, wo die Feier stattfand, trug sparsamen
Girlandenschmuck. Um 12 Uhr erschien, begrüßt durch allge-
meines Erheben von den Plätzen, der Reichspräsident, be-
gleitet vom Reichsminister des Innern von dem preußischen
Ministerpräsidenten und Professor Preuß dem Schöpfer des
Verfassungsentwurfs. Nach einleitendem Gesang hielt der Re-
ktor der Heidelberger Universität, Professor Anshütz, eine Fest-
rede, in der er sich mit den Gegnern der Verfassung auseinander-
setzte. Näher an die Fragen des Tages führte der zweite Red-
ner der Oberbürgermeister Jarres aus Duisburg, der ein Bild
von der Bedrückung der Rheinbevölkerung entwickelte. Das
Deutschland-Lied beendete die Feier.

Das Bild des Reiches.

Düstere Begleitklänge klingen in die Verfassungsfeier herein.
Während der Reichstag von der Rechten bis zur Linken
das Schauspiel einer einheitlichen zielbewußten Entschlossen-
heit bietet, an der Seite der Reichsregierung den dem Abgrund
zurollenden Reichswagen in seinem Laufe aufzuhalten, eine
Haltung, in der er sich auch durch das pöbelhafte Gebaren der
Kommunisten nicht irren machen läßt, sind rings um ihn her,
zumal in dem stets doppelt reizbaren Berlin, Kräfte am
Werk, die die Note des Tages zu üblen Treibereien auszu-

nügen begehren. Die Lebensmittelnot, die Teuerung, der
Mangel an Zahlungsmitteln, alle diese letzten Endes aus unserer
Gesamtnot fließenden Beengungen und Bedrückungen werden
dazu ausgeschlachtet, die Regierung zu entwürzeln, die Auf-
geregten noch mehr aufzuregen und sie in einen Taumel revo-
lutionärer Begehrlichkeit hineinzureißen, aus dem ihnen alles
andere eher denn eine Hilfe in der Not erwachen wird. Im
Reichstag hat sich die Sozialdemokratie dem gemeinsamen Not-
werk angeschlossen und damit auch der Regierung Cuno einen
Rückhalt gegeben. Draußen aber lassen sich unverantwortliche
Genossen von der kommunistischen Hege oder von der Angst
vor ihrer Wirkung auf die Massen anstecken und werben für das
von den Kommunisten beantragte, sonst aussichtslose Mißtrauens-
votum. Da und dort entläßt sich die Spannung in Streik,
Widerstand, Krawall und Empörung. Der Reichspräsident aber
sieht sich genötigt, neben dem Aufruf an das deutsche Volk eine
Notverordnung hergehen zu lassen, die der Regierung — und
zwar der Reichsregierung über den Kopf der Landesregierungen
weg — eine scharfe Waffe zur Verfolgung von Zeitungen in die
Hand geben soll, deren Inhalt „zur gewaltsamen Beseitigung
oder Aenderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staats-
form des Reiches oder eines Landes aufreizt.“ Das am Tage
des Verfassungstages! Es wäre unrecht, die Schuld an Druck
und Unfegen auf die Weimarer Verfassung zu schieben; diesen
Vorwurf hat sie nicht verdient, sie hat die Zustände nur auch
nicht bitter machen können. Aber wer vermöchte an den trüben
Zeichen der Zeit vorübergehen? Sie erklären in ihrem Teil
warum die Feier des Verfassungstages so stark unter einem Mangel
an Feierstimmung litt.

Eine Notverordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 11. August. Der Reichspräsident erläßt eine Ver-
ordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und
Sicherheit, laut der periodischen Druckschriften, deren Inhalt zur
gewaltsamen Beseitigung oder Aenderung der verfassungsmäßigen
republikanischen Staatsform des Reiches oder eines Landes
oder in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu
Gewalttätigkeiten auffordert oder aufreizt, verboten werden.
Das Verbot gilt für das ganze Reichsgebiet. Das Verbot und die
Anordnung der Beschlagnahme erfolgt durch den Reichsminister
des Innern. Zuwiderhandelnde werden mit Gefängnis nicht
unter drei Monaten, daneben auch mit Geldstrafe bis zu 500
Millionen Mark bestraft. Bei Ausländern kann Ausweisung aus
dem Reich erfolgen.

Die neuen Steuervorlagen.

Berlin, 9. August. Der Steuerauschuß des Reichstages
beriet heute die neuen Steuergesetze. Reichsfinanzminister Dr.
Hermes begründete die Entwürfe damit, daß die Not an Rhein
und Ruhr außerordentliche Aufwendungen des Reiches in ständig
steigendem Maße erfordere. Auf breiterer Grundlage sollen
alle Leistungsfähigen durch Zuschläge zur Einkommensteuer der
besonderen Not steuern. Die in dem Gesetz über die Erhöhung
der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschafts-
steuer am 15. August soll von dem 25fachen der Einkommensteuer
für 1922 auf das 500fache erhöht werden. Der aus der Erhöhung
sich ergebende Mehrbetrag soll bis zum 25. August gefahrt
werden. Darüber hinaus sollen bei dem Opfer für Rhein und
Ruhr u. a. die Personenkreise, denen die Gestalt der Wert-
schaft besondere Aufwendungen für die Verkehrsmittel gestattet,
beitragen. Angenommen wurde ein demokratischer Antrag, wo-
nach die Ueberschneidung des Gesetzesentwurfes über die Erhebung
eines Opfers für Rhein und Ruhr in „Gesetzentwurf über die Er-
hebung einer außerordentlichen Abgabe aus Anlaß der Ruhr-
besetzung“ abgeändert wird. Ferner wurde ein Zentrumsan-
trag angenommen, wonach derjenige, der zum eigenen Vorteil
oder zum Vorteil eines anderen vorsätzlich bewirkt, daß die
Einnahmen, die dem Reich aufgrund der Steuergesetze zu-
fließen, verkürzt werden, mit einer Geldstrafe im einfachen bis
fünffachen Betrage der hinterzogenen Einnahmen zu bestrafen
ist. Daneben kann auf Gefängnis erkannt werden. Die Geset-
entwürfe wurden schließlich dem Unterausschuß, der nachmittags
tagen soll, zur schleunigen Durchberatung übergeben. Die Ge-
setze sollen, wenn irgendmöglich, heute noch im Ausschuß er-
ledigt werden. Der Steuerauschuß genehmigte alsdann die
neue Verordnung, wonach die Biersteuer in den einzelnen Kate-
gorien steigend von 20 3000 bis 208 300 Mark erhöht wird.
Die Höchstbeträge der Anteile Württembergs, Bayerns und
Badens an der Biersteuer erhöhen sich für Württemberg von
1,9 Milliarden auf 15,933, für Bayern von 10,0 auf 83,333
und für Baden von 1,3 auf 10,833 Milliarden. Weiter wird
aus Berlin berichtet: Der Steuerauschuß des Reichstages erhob
die Anträge des Unterausschusses zum Beschluß. Danach wer-
den die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer auf das
Bierhundertfache für die Körperschaftsteuer auf das 600fache
bzw. bei den Körperschaften, die vor dem 1. Januar 1922
ihre Geschäftsjahre abgeschlossen haben, auf das 1600fache erhöht.
Zur Abgabe anlässlich der Ruhrbesetzung wurde beschlossen, von
denjenigen Einkommen, die aus festverzinsten Papieren und
aus Arbeitseinkommen, insbesondere der Freien Berufe ergeben,
wenn das steuerbare Einkommen eine Million Mark im Jahre
1922 überstiegen hat, am 25. August 1923 das hundertfache der
Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das dritte Ra-
kendervierteljahr 1923 zu erheben, und am 5. September 1923
und am 5. Januar 1924 das Zweihundertfache. Der Ausschuß
beschloß sich sodann mit einem Entwurf über die Besteuerung
der Betriebe. Die Arbeitgeber von Industrie, Handel und Ge-
werbe sollen eine besondere Abgabe in Höhe des zweieinhalb-
fachen der Lohnsteuer, die sie in den Monaten September bis
Januar entrichtet haben, zahlen. Ueber eine entsprechende Be-

steuerung der Landwirtschaft (Flächensteuer) kamen die Beratungen nicht zum Abschluß. Sie werden am Freitag vormittag fortgesetzt werden.

Die Steuerentwürfe angenommen. Berlin, 10. August. Der Reichstag nahm heute in zweiter und dritter Lesung sämtliche Steuerentwürfe in einer Kompromißfassung gegen die kommunistischen Stimmen an.

Eine weitere Notverordnung des Reichspräsidenten. Berlin, 10. August. Eine Notverordnung des Reichspräsidenten, die gestern ergangen ist, verbietet den Markverkauf ins Ausland. Es hätte sich in den letzten Tagen gezeigt, daß große Summen deutscher Reichsmark im Ausland angemeldet worden sind, insbesondere, um unter Verkauf an die Militärbehörden zugeführte Waren zu bezahlen. Dieses Angebot von Mark im Ausland hat den Kurs der Reichsmark stark beeinflusst. Durch diese Notverordnung wird für Beträge über den Gegenwert von 100 Pfund Sterling hinaus der deutsche Kaufmann gezwungen, etwa benötigte Devisen im deutschen Geschäft zu erwerben.

Erhöhung der Eisenbahntarife um 600 Prozent. Berlin, 10. August. Die bevorstehende Erhöhung der Eisenbahntarife wird wie Ihr Korrespondent erfährt, mehr als 600 Prozent der bestehenden Tarife ausmachen. Die Neuordnung dürfte am 20. August in Kraft treten. Der Reichseisenbahnrat hat heute getagt, und die Richtlinien für die Wertbeständigmachung der Tarife, bestehend aus einer Grundzahl und einem Multiplikator, angenommen. Die Schlüsselzahlen sollen baldmöglichst festgesetzt werden.

Erhöhte Kohlenpreise. Berlin, 9. August. Die Organe der Kohlenwirtschaft beschließen heute unter dem Einfluß der Lohn- und Materialpreiserhöhungen eine Kohlenpreiserhöhung um etwa 352 Prozent. Der Bruttopreis für die rheinisch-westfälische Fettförderkohle wird hiernach sich von bisher 5 158 000 Mark pro Tonne auf 23 267 000 Mark erhöhen. Dementsprechend steigern sich die Preise für die anderen Kohlen. Die neuen Preise gelten ab 9. August bis Ende nächster Woche. Alsdann wird automatisch die Anpassung der Kohlenpreise an die Lebenshaltungs- und Großhandelsindex eintreten.

Um die große Koalition. Zur Stützung der Regierung Cuno. — Die Arbeitsgemeinschaft für den Eintritt der Sozialdemokraten in das Kabinett.

Berlin, 11. August. Die Diskussion über die große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten ist gestern nachmittag im Reichstag wiederaufgenommen worden und es wird sich heute, oder spätestens morgen entscheiden, ob die große Koalition jetzt Wirklichkeit wird und eine Regierung, gebildet aus den Parteien der Arbeitsgemeinschaft und den Sozialdemokraten, das Kabinett Cuno ablöst. Der Gedanke, die große Koalition sofort zu verwirklichen, ist nicht dem Wunsche entsprungen, das Kabinett Cuno zu stützen, sondern der Erwägung, daß man dem mehrfach geäußerten Wunsche des Reichskanzlers, von der Bürde seines schweren Amtes möglichst bald entlastet zu werden, Rechnung tragen wollte. Nachdem die außenpolitischen Ausführungen des Reichskanzlers die Zustimmung fast aller Parteien gefunden haben und das Steuerprogramm einstimmig angenommen worden war, liegt parlamentarisch kein Anlaß zu einem Regierungswechsel vor.

Berlin, 11. August. Unmittelbar nach der Verfassungsfeier im Reichstage traten die Parteien zu Beratungen zusammen über die Möglichkeit eines Regierungswechsels und die Bildung einer großen Koalition. Der Schlüssel zu den Verhandlungen lag bei der Haltung der Sozialdemokraten. Das Ergebnis der Verhandlungen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion war die Annahme einer Resolution, in der der Regierung Cuno das Vertrauen der Fraktion entzogen und die Bildung einer Regierung der großen Koalition gefordert wird, um das Vertrauen der breiten Masse zu gewinnen. Als Bedingung für die Teilnahme der Sozialdemokraten werden gefordert: 1. Finanzreform, 2. Lösung der Reichswehr von allen illegalen Organisationen, 3. aktive Außenpolitik zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage unter Wahrung der Integrität des Reichs und der Einheit der Nation.

Die Koalition wünscht Havensteins Rücktritt. Berlin, 12. August. Alle Parteien der großen Koalition drücken den Wunsch nach einem Wechsel in der Leitung der Reichsbank aus und beschließen, diese Meinung auch dem Reichsbankdirektorium zu übermitteln.

Neuerst gespannte Lage in Berlin. Berlin, 10. Aug. Unter dem Einfluß des Buchdruckerstreiks und in Folge des Nächtlichens fast sämtlicher Zeitungen ist die Stimmung in der Reichshauptstadt sehr gespannt. Die Schließung der Reichsbank und fast sämtlicher Banken infolge des absoluten Geldmangels, die von Tag zu Tag wachsende Teuerung, kommunistische Streiks und passive Resistenz, in vielen Werken Teilstreiks in mehreren Eisenbahnwerkstätten und die Nachricht, daß infolge der Stilllegung der Notensprei kein Geld mehr gedruckt wird, das alles vereinigt sich, um jene Stimmung zu erzeugen, in der ein Funke die Explosion herbeiführen kann. Gegen Abend wurde durch eine Extraausgabe des „Vorwärts“ bekannt, daß die Reichsdruckerei ihren Betrieb wieder voll aufgenommen habe. Außerdem besteht die Aussicht, daß die Zeitungen am Sonntag oder Montag wieder erscheinen. Nur durch ein ungewöhnliches Entgegenkommen der Arbeitgeber im graphischen Gewerbe scheint diese Krise überwunden zu werden.

Arztstreik? Berlin, 10. August. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ soll sich der Arztstreik nicht nur auf die Kassennmitglieder, sondern auf die ganze Bevölkerung erstrecken. Die Ärzteschaft hat an den Reichstag ein dahingehendes Telegramm gerichtet.

Dreitägiger Generallstreik in Berlin. Berlin, 12. August. Die heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetretenen Funktionäre von Großberliner Betrieben haben den sofortigen Generallstreik beschlossen. Der Generallstreik soll bis Dienstag Nacht durchgeführt werden. Heute Vormittag tagte in den Riemischen Festhallen in der Hafenstraße auf Einladung des kommunistischen 15er Ausschusses die Betriebsrätevollversammlung und sah die Beschluß zum dreitägigen Generallstreik in Berlin. Der große Saal, der kleine Saal, und der Garten waren überfüllt. Nach knappen Referaten und kurzer Erörterung wurde eine Erklärung angenommen, die den Generallstreik in Berlin bis Dienstag proklamiert und in der die Betriebsräte fordern: 1. Sturz der Regierung Cuno, 2. Beschlagnahme von Lebensmitteln zur Sicherstellung der Ernährung der Arbeiterschaft, 3. Zurücknahme des Verbots der proletarischen Hunderttausenden, 4. Anerkennung der proletarischen Kontrollausschüsse, 5. Festsetzung von 60 Friedenspfennigen als Stundenlohn, 6. Aufhebung des Demonstrationsverbots und der Ausnahmeverordnung. In der Erörterung wurde unter großem Beifall gefordert, daß aus den „flauen“ Betrieben die Belegschaften mit Gewalt herausgeholt werden sollen. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß der Generallstreik zum größten Teil in Berlin auch zur Durchführung gelangt. Die

Streikbewegung hat lediglich einen wirtschaftlichen Charakter und es wird nach Ansicht maßgebender Kreise den Kommunisten nicht gelingen, die an und für sich verständliche Erregung der Masse über die wirtschaftliche Lage zur Erreichung ihrer Ziele auszunutzen.

Berlin, 11. August. Von Seiten des allgem. D. Gewerkschaftsbundes (Freie Gewerkschaft) und von Seiten der Christlichen Gewerkschaft sind sofort Aufrufe erschienen, die dazu auffordern, der Generallstreikspartei nicht zu folgen. Sämtliche Verkehrsmittel der Stadt verkehren, nur die Straßenbahn kann nicht fahren, weil der Strom aus dem Fernwerk Golpa nicht eintrifft.

Einigung im Buchdruckerstreik. Berlin, 11. August. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Auf persönlichen Eingriff des Reichskanzlers fanden am Freitag unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers erneute Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne im deutschen Buchdruckgewerbe am 4. August statt, die zu einer Einigung dahin führten, daß der Wochenlohn vom 4.—10. August auf 5 Mill. Mark in der Spitze erhöht wurde. Dies bedeutet eine Erhöhung der bisher vereinbarten Löhne um weitere 56,2 Prozent. Die Schlüsselzahl wurde infolge der vereinbarten Anhebung und der weiteren Lohnerhöhung ab 11. August auf 32 000 erhöht.

Zusammenstöße in Krefeld. Krefeld, 11. Aug. Am vorgestrigen Nachmittag kam es im hiesigen Stadtinnern zu großen Menschenansammlungen. Da der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge geleistet wurde, griff die Polizei ein, der es mit Gummiknüppeln und der blanken Waffe gelang, sie auseinander zu bringen. In der Dresdener Straße wurde ein Geschäft vollständig ausgeraubt. Die Polizei verhaftete zwei Personen. Zahlreiche geraubte Gegenstände konnten dem Geschäft zurückgegeben werden. Ingesamt wurden bei den Ansammlungen 12 Personen festgenommen, von denen drei wieder entlassen wurden. Gesternmorgen verkündeten die Anarchisten (und Syndikalisten) den Generallstreik, dem niemand folgte. Die Aufwiegler legten deshalb mehrere größere Werke gemaltastill. Die Werke der chemischen Fabrik von Weiler ter Mer in Urdingen wurden ebenfalls stillgelegt und von Arbeitern besetzt. In der Stadt selbst ist es noch ruhig. Gestern vormittag kam es vor dem Krefelder Rathaus wieder zu einem großen Aufruhr, wobei die Polizei wiederum von der blanken Waffe Gebrauch machte. Mehrere Lebensmittelgeschäfte wurden ausgeraubt.

Blutige Teuerungsunruhen in Ratibor. 4 Tote, zahlreiche Verletzte. Ratibor, 11. Aug. Gestern kam es hier zu großen Teuerungsdemonstrationen. Vormittags sprach eine Arbeiterdeputation im Rathaus mit der Forderung zur Behebung der Teuerung vor. Um 11 Uhr verließen die Arbeiter die Betriebe und versammelten sich am Bahnhofspatz, wo sie gegen den Anmarsch der Verstärkung der Schutzpolizei protestierten. Nach der vergeblichen Aufforderung, auseinanderzugehen, ging die Schupo gegen die Menge vor. Daraufhin fielen Schüsse. Die Schupo machte von der Waffe Gebrauch, zumal da ein mit Handgranaten beladener Wagen der Schupo geplündert wurde. Die Menge wandte sich nun gegen die Schupo und gab Revolvergeschosse ab, auch Handgranaten wurden geworfen. Eine Anzahl Geschäfte, darunter auch zwei Waffenläden, wurden ausgeraubt. Soweit sich bisher übersehen läßt, forderten die gestrigen Demonstrationen 4 Tote, nämlich einen Schupoinspektoren, einen Arbeiter und zwei Mädchen. Außerdem sind 30 Verletzte zu verzeichnen, darunter befinden sich einige Schwerverletzte, die dem Krankenhaus zugeführt wurden.

Streikbewegung im besetzten Gebiet. Frankfurt, 11. August. Im besetzten Gebiet macht sich allmählich eine ungeheure Erbitterung in den breitesten Volksschichten wegen der täglich steigenden Teuerung geltend. Vereinzelt brechen Teilstreiks aus, so z. B. in Trier, wo das Buchdruckergewerbe und andere Geschäftszweige in den Streik getreten sind. Die Regierung will durch eine einmalige außerordentliche Zuwendung der großen Not der Arbeiterschaft begegnen.

Die Lage in den Seestädten. Hamburg, 10. August. Zu der Schließung der Werft von Blohm & Voß berichtet das „Hamburger Echo“, daß sämtliche 8000 Arbeiter entlassen wurden. In einer Arbeiterversammlung, die hier erregt verlief, wurde u. a. Lohnzahlung in Gold und mindestens zweimalige Auszahlung wöchentlich verlangt.

Stettin, 10. August. Die Arbeiter der Schiffswerft „Vulkan“ verlangten vor einigen Tagen einen einmaligen Zuschuß von 3 Millionen Mark, was von der Direktion abgelehnt wurde. Die Belegschaft ist nunmehr in die passive Resistenz eingetreten. — Auch die Arbeiter einer chemischen Fabrik sind in den Streik getreten.

Frankreich als Weltgefahr. Garvin veröffentlicht in dem konservativen Londoner Sonntagsblatt „Observer“ einen Artikel, in dem er sowohl die französische wie die britische Politik einer ungewöhnlich scharfen Kritik unterzieht. Er führt u. a. aus:

Die Worte allein genügen nicht, die Nation verlangt Taten. Das Kabinett hat bisher nicht gezeigt, daß es dazu fähig ist, Baldwins natürliche Energie wurde von der Mehrheit des Kabinetts verweigert. Trotz aller Lehren der letzten achtzehn Monate beging man den sinnlosen Fehler, zu versuchen, die Hartnäckigkeit des französischen Ministerpräsidenten durch sorgfältig überlegte und verständliche Worte zu erweichen. Was im übrigen Poincare auch sein mag, unklar und zweideutig ist er nicht. Seine Ideen mögen verhängnisvoll sein, aber sie sind klar und deutlich. Er hat seine unabänderliche Politik immer wieder erläutert. Nachdem er sich unüberwindlich festgelegt hatte, bestand keine Aussicht darauf, daß er zurückweichen werde. Unter diesen Umständen hätte die britische Regierung ihre eigene Politik mit gleicher Bestimmtheit erklären müssen, statt dessen hat sie Zucker in Limonade geschüttelt und Poincare eine Note gesandt, die bei ihm den Glauben erwecken mußte, daß er es mit einem Boske zu tun habe, welches es nicht ernst meine und welches sich seiner eigenen Machtlosigkeit bewußt sei. Baldwin und seine Kollegen haben ihre Verführbarkeit ins Große gesteigert, die gut gemeint, aber nicht gut erwohnen. Jetzt ernten sie ihren Lohn. Garvin nennt Poincares Antwort auf die letzte britische Note eine Unhöflichkeit ohne Beispiel in der diplomatischen Geschichte. Seine Taktik erst strenge Geheimhaltung der Akten zu verlangen, dann plötzlich der Welt seine eigenen Notizen bekannt zu geben, sei eine unfreundliche Haltung. Poincare hat Lloyd George mit Hohn, Bonar Law mit Gleichgültigkeit und das Kabinett Baldwin mit Verachtung behandelt. Die britische Regierung weiß jetzt, mit wem sie es zu tun hat. Sie hätte es von vornherein wissen sollen. Was wird sie jetzt tun, nachdem sie diese bittere Lektion genossen hat?

Garvin fährt fort: Die wahre Stärke Poincares, die Grundlage seiner Politik, bilden 700 000 Bajonette und Säbel mit der entsprechenden Zahl von Geschützen und Tanks und eine überwältigend starke Luftflotte und Marine, deren wichtigster

Teil aus U-Booten besteht. Deutschland ist entwaffnet. Großbritannien hat aufgehört Militärmacht zu sein. Polen und die kleine Entente sind militärische Satelliten Frankreichs; sie haben zusammen eine Friedensstärke von 1 1/2 Mill. Mann. Rußland ist für den Augenblick machtlos. Die bedächtigen Engländer und die bedächtigen Einwohner anderer Länder machen sich nicht klar, daß die militärische Oberherrschaft Frankreichs ungehemmt ist als in den Tagen Ludwigs XIV. und Napoleons I. Das Ganze wird eines Tages zusammenbrechen, weil seine Grundlage ungefund ist, aber bis dahin wird noch ein langer Zeitraum verstreichen. Europa wird inzwischen sonderbare Dinge sehen und erleben.

Ungefund ist die Grundlage der französischen Hegemonie, weil sie schwarz ist. Frankreich hält ungefähr 300 000 französische Truppen unter Waffen auf Friedensfuß; außerdem organisiert Frankreich seine farbigen Reserven von einer halben Million. Dieses ist der Schlüssel für die Geschichte Europas. Wir sind erstaunt, daß die anderen Nationen sich einer der unerhörtesten und unheilvollsten Tatsachen der Geschichte aller Zeiten nicht bewußt sind. Europa wird von Frankreich und seinen schwarzen Soldaten beherrscht. Sie sind die Stütze der Politik Poincares.

Die englische Antwort an Paris. London, 10. August. Das Kabinett einigte sich heute über die an Frankreich und Belgien zu erteilende Antwort. Diese wird, wie Reuter meldet, in kurzer Frist nach Brüssel und Paris telegraphiert werden. Reuter erfährt weiter, in gewissen Kreisen werde Belgien die Absicht zugeschrieben, daß es den Vorschlag machen wolle, Frankreich und Belgien sollen lediglich den Ertrag für die materiellen Schäden von Deutschland fordern. Großbritannien dagegen soll die interalliierten Schulden annullieren und von Deutschland eine Summe erhalten, die seiner Schuld an Amerika entspreche. Es wird dagegen nicht geglaubt, daß Belgien eine Vermittlung versuchen werde, zum mindesten nicht, bevor die britische Antwort an Frankreich bekannt sei. Im übrigen seien gut informierte englische Kreise nicht der Meinung, daß die englische Regierung bereit sein werde, die Annullierung der interalliierten Schulden zu erörtern, bevor ein bestimmter Vorschlag im Zusammenhang mit der Frage des Ruhrgebietes und der Reparationen Gestalt annimmt. Man sei der Ansicht, daß alle diese Fragen gemeinsam erwohnen werden müssen.

Paris, 10. August. „New York Herald“ bemerkt zur diplomatischen Lage, in Paris werde von der bevorstehenden Antwort auf die französische Note vom 30. Juli keine wesentliche Besserung in der Ruhrfrage erwartet. Man weist darauf hin, daß der französische Plan eine bestimmte Politik voraussetze, auf Grund deren Frankreich noch lange Zeit im Ruhrgebiet bleiben werde.

Deutsch-französische Industrieverständigung? Eine Anregung des französischen Industrie-Organs.

Paris, 10. August. Die englische Note, deren Uebersetzung nach den Londoner Depeschen der französischen Presse heute oder morgen stattfinden soll, wird in Paris mit großer Spannung erwartet. Ueber den Inhalt ist hier zur Stunde noch nichts Sicheres bekannt. Die Journee Industrielle glaubt, daß England versuchen wird, die Diskussion mit Frankreich auf das wirtschaftliche Gebiet hinüberzuführen, und Poincares starren Rechtsstandpunkt in der Frage der Ruhrbesetzung durch wirtschaftspolitische Erwägungen zu erschüttern. Das Blatt, das der Regierung so oft Verkenennung wirtschaftlicher Notwendigkeiten vorgeworfen hat, rät Poincare, die von England ererbte wirtschaftspolitische Diskussion über die gegenseitige Abhängigkeit der Märkte und die Garantien bei einer wirtschaftlichen Krise entgegenzunehmen, da die französische Politik eine derartige Unterhaltung nicht zu fürchten braucht. Die Journee Industrielle ist, wie gemeldet, in der letzten Zeit wiederholt dafür eingetreten, daß Frankreich mit England die Möglichkeit einer Beteiligung der deutschen Wirtschaft an Rußland erörtere. Eine große Rolle spielt in dem Programm die sogenannte „Politik der industriellen Beteiligung.“ Die Industriewerke und die Gruben so führt das Blatt fort, sind der einzige, wirkliche Reichtum, den es in Deutschland gibt. Seine Verpfändung zur Garantierung der neuen Goldanleihe widerspricht dem Vertrag von Versailles. Die Verbündeten müßten sich einen Teil von den Besitzrechten an diesem Reichtum ausliefern lassen und dadurch zugleich ihre Beteiligung an dem Gewinn sichern. Eine solche Lösung würde ihnen auch die Möglichkeit geben, die Wirtschaft, deren freie Entfaltung höchst gefährliche Konsequenzen haben könnte, effektiv zu kontrollieren. Die Zeitschrift bemerkt zum Schluß: Derartige Pläne genügen nicht die Gunst der Diplomaten. Die „Opinion“ macht aber Andeutungen, nach denen Poincare in der allerletzten Zeit von der Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen überzeugt worden sei.

Der Ruhrkrieg. Sie arbeiten nicht unter Bajonetten.

Essen, 10. August. Der erste offene Versuch, der Franzosen und Belgier, gemäß der Verordnung des Generals Degoutte die stillgelegten Kokereien wieder in Betrieb zu setzen, hat zu dem erwarteten Konflikt zwischen der Besatzungsbehörde und den Bergarbeitern geführt. Auf den besetzten Scholoon-Becken stellten die Belgier durch Aufdrehen der Hähne zum Kesselhaus die Zehne die Dampfzufuhr zur Kokerei wieder her. Das deutsche Maschinenpersonal drehte darauf die Hähne wieder ab und der belgische Ingenieur drohte mit der Besetzung des Kesselhauses. Diese Drohung beantworteten die Arbeiter mit der Stilllegung des ganzen Betriebes der Scholoon-Zehne. Die Arbeiter und Tiere wurden aus der Grube herausgeholt, für die die Gefahr besteht, daß sie ersäuft. Durch Herausreißen der Feuer unter dem Kessel ist der Betrieb der Kokerei unmöglich gemacht worden. Die belgische Besatzungsbehörde hat nun für den Fall, daß der Betrieb der Kokerei nicht wieder hergestellt wird, die Ausweisung der Bergarbeiter und die Beschlagnahme ihrer Wohnungen angedroht.

Die Zustände im Saargebiet.

Frankfurt a. M., 10. August. Nach Mitteilungen die der Saarbrücker Großindustrielle Hermann Köchling in einer dortigen Versammlung gemacht hat, ist der Vorrat an Kohle auf den Halben und auf der Hafensinsel derart groß, daß die Halben in Kohlen erstickten. Der Grund für diese Erscheinung liegt in der Tatsache, daß Frankreich alle Eisenbahnen nach dem Ruhrgebiet gebracht und keine Möglichkeit eines verstärkten Abtransportes der Kohle hat. Köchling spricht im gleichen Zusammenhang von dem politischen Kampf, der im Saargebiet ausbricht und geführt werde. Er denke über seinen Ausgang durchaus optimistisch. Eine besondere Bedeutung habe der Bälgerbund das wichtigste Ergebnis der gewaltigen Umformung Europas nach dem Kriege. Ihm sei es zu verdanken, daß allmählich das Saargebiet zu seinem Recht komme. Die Zahl der französischen Truppen sei von 10 000 auf 2000 zurückgegangen. Die Landjägertruppe entwickelte sich gut. Die Demission Waughes sei sehr bedauerlich.

Er sei das einzige Mitglied der Regierung, dem das Saargebiet Dank schulde. Köhling gab der Hoffnung Ausdruck, daß Waugh bleibe und dem Saargebiet weiterhin ein treuer Anwalt seiner Rechte sei.

Kriegsgerichtliche Verurteilungen von Direktoren der Anilin-Fabrik.

Ludwigshafen, 10. August. In dem Strafverfahren gegen die Direktoren und Ingenieure der Badischen Anilin- und Sulfonfabrik Ludwigshafen fand gestern die Verhandlung vor dem französischen Kriegsgericht in Landau statt. Die Angeklagten hatten sich gewehrt, den Franzosen bei dem Abtransport der beschlagnahmten Farbenvorräte und Düngemittel behilflich zu sein.

Paris, 10. August. Wie der Petit Parisien mitteilt, sollen Herr v. Krupp und seine Mitverurteilten zur Verbüßung ihrer Strafen nach einem Gefängnis im Innern Frankreichs gebracht werden.

30 Rheinschiffe beschlagnahmt.

Paris, 10. August. Nach einer Meldung des Matin aus Duisburg sind gestern im Ruhrorter Hafen von den Franzosen 30 große Rheinschiffe beschlagnahmt worden. Die Schlepper wurden militärisch besetzt und die Mannschaften an Land geschickt.

Das Wort Tirol in Statten verboten.

Rom, 10. Aug. Der Präsekt von Trient hat angeordnet, daß keine andere Bezeichnung als die offizielle „Provinz Trient“ und jene, welche den Bezirk bezeichnen: „Benezia Trientina“, gestattet ist. Es sind zugelassen die Bezeichnungen „Ober-Etsch“ und „Trentino“.

Der deutsche Kreuzer „Berlin“ vor Island.

Reykjavik, 9. Aug. Der deutsche Kreuzer „Berlin“ ist hier angekommen und von der isländischen Bevölkerung freundlich empfangen worden. Gestern Abend beteiligte sich die Mannschaft an einem Fußballwettkampf im Reykjaviker Sportverein.

Die wertbeständige Goldanleihe.

Die Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches nimmt am 15. August ihren Anfang. Im Anzeigenteil dieser Nummer werden die Bedingungen für die Zeichnung bekanntgegeben. Danach lauten die Stücke sowohl auf Dollar als auch auf Mark, und zwar werden Stücke von 1 Dollar bis zu 1000 Dollar ausgefertigt.

Die großen Stücke von 1000 Dollar bis zu 10 Dollar einschließlich tragen 6 Prozent Zinsen, die jährlich zahlbar sind. Die Stücke von 5 Dollar abwärts werden ohne Zinsfische ausgefertigt. Sie werden im Jahre 1935 zu 170 Prozent, also mit einem Aufschlage von 70 Prozent zurückgezahlt.

Am den Zinsenbedarf für eine Anleihe bis zu 500 Millionen Mark Gold zu decken, sieht eine von der Reichsregierung den getragenen Körperschaften vorgelegter Gesetzentwurf die Ermächtigung für die Reichsregierung vor, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben. Zur besonderen Sicherung der Kapitalrückzahlung ermächtigt der Gesetzentwurf die Reichsregierung, die einzelnen Vermögenssteuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens zur Aufbringung des Kapitalbedarfs heranzuziehen.

Die Feier des Verfassungstages.

Sinsheim, 11. Aug. Mit ausdringlichen Festen, mit rauschenden Feiern, können wir nicht, wie andere Völker, den Jahrestag der Verfassungsgebung aus der Reihe der Alltage hervorheben. Und doch ist er für jeden, der die Einkehr auch im politischen Leben von Zeit zu Zeit für notwendig erachtet, ein Weibtag: ein Tag der Einkehr.

sprechen es die Eingangsworte der neuen Verfassung aus: „Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

In Zeiten schwerer Not ist diese Verfassung entstanden. Die sie schufen, mußten die Arbeit unter schmerzlichen, bedrückenden Verhältnissen verrichten. Wenige Wochen vor dem 11. August 1919 liegt der schwarze Tag des Juni, der über uns das Versailles Diktat verhängt hat. So ist es recht eigentlich die Not gewesen, die uns Deutsche in der Weimarer Verfassung zusammengeschmiedet hat, die Not, von der Hölderlin, der schwäbische Dichter, sagt:

„Mit ihrem heil'gen Wetterfahne, mit Unerbittlichkeit vollbringt die Not an einem großen Tage, was kaum Jahrhunderten gelingt.“

Die Verfassung von Weimar hat uns den deutschen Einheitsstaat gebracht. Sie hat damit etwas erreicht, was gegenüber dem Elend der deutschen Viel- und Kleinstaaterei trotz heißer Bemühungen die Männer der Bauernkirche, an deren vaterländische Arbeit wir heute, nach 75 Jahren, mit besonderem Danke zurückdenken, nicht zu erzielen vermochten. Und sie hat etwas erreicht, was auch Bismarcks geniale Schöpfung von 1871 nicht vollbracht hatte.

So sind wir ein Staat geworden. Um die Form dieses Staates freilich hat sich lauter Streit erhoben. Es sei ferne von mir, in dieser Feierstunde die Frage „Republik oder Monarchie“ polemisch zu erörtern. Ich will in diesem Zusammenhang nur eines sagen: Nach 1866 und nach 1870 haben sich die besten alten Republikaner von 1848, die jene Zeit noch erlebten, mit aller Kraft und Hingebung der deutschen Monarchie zur Verfügung gestellt.

Daß wir zu einer solchen Volksgemeinschaft gelangen werden, ist unser inniger Wunsch und unsere zureichende Hoffnung. Wir richten in dieser Stunde unsere Gedanken auf unsere Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr, die seit sieben Monaten in einem Abwehrkampf gegen das Unrecht der Fremdherrschaft stehen, wie ihn die Geschichte nicht kennt. Voll Bewunderung und Stolz sehen wir hier deutsche Männer und deutsche Frauen aller Stände, aller Bekenntnisse und aller Parteien wetteifern in der Entfaltung der schönsten staatsbürgerlichen Tugenden: der Opferfreudigkeit, des Verantwortlichkeitsgefühls und der Vaterlandsliebe.

Wir danken diesen ungezählten deutschen Helden und stärken uns an ihrem Beispiel und an ihrem Vorbild. Und wenn wir ihrer gedenken, wissen wir, daß der deutsche Dichter recht haben muß, der einmal gesagt hat: Deutschland hat ewigen Bestand, Es ist ein kerngesundes Land!

Die vortrefflichen Ausführungen des Redners wurden mit reichem Beifall von den Zuhörern aufgenommen. Der Arbeitergesangverein schloß das passende Lied „Morgenrot“ daran an, der Lieberkranz bot das Lied „In dunkler Nacht“, dann schloß ein Musikvortrag die wohlgelungene Feier.

Die Schlichtheit und ernste Einfachheit der Feier hat sicherlich dazu beigetragen, die Bevölkerung in freudiger Erhebung auf die politische Bedeutung und den Zukunftswert der verfassungsmäßigen Grundlage unseres staatlichen Lebens sich besinnen zu lassen und das Verständnis für die nationalen Werte zu fördern.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 12. August. (Hartgeldstücke zu einer Million?) Alle Fraktionen des Reichstags mit Ausnahme der Kommunisten haben beantragt, es sollten Münzen im Einzelwert von 1 Million Mark ausgeprägt werden.

Sinsheim, 12. August. (Notgeld der Eisenbahn.) Zur Erledigung des gegenwärtigen Mangels an Zahlungsmitteln wird in den nächsten Tagen auch die Reichsbahndirektion Gutscheine, zunächst im Betrage von 1 Million und 2 Millionen Mk., ausgeben. Die Banken und öffentlichen Kassen sind ersucht worden, die Gutscheine anzuerkennen.

Sinsheim, 12. August. (Unterstützung der Sozialrentner.) Die den Sozialrentnern durch die Post zugestellten Monatsbeträge bilden nur einen geringen Teil der den bedürftigen Rentnern gebliebenen Hilfe. Auf Grund des Gesetzes vom 7. Dezember 1921 über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung kann der Rentner, der mit seiner Rente und seinen sonstigen Einkünften nicht auskommt, Antrag auf Unterstützung bei der Gemeinde seines Wohnortes stellen.

Weller, 12. August. (Beförderung.) Schulverwalter Karl Weller wurde zum Hauptlehrer in Weller ernannt.

Zuzenhausen, 12. August. (Todesfall.) Infolge eines reichlichen Frühchoppens fiel heute ein polnischer Arbeiter um und war tot.

Bühl, 12. August. (Die alte Geschichte.) Das Kind der Witwe Höll hatte eine Waise in der Hand, die ihm die Mutter abnehmen wollte, ohne zu wissen, daß die Waise geladen war. Der Schuß ging los und ging der Frau in den Leib. Es besteht Hoffnung, daß die bedauernswerte Frau mit dem Leben davonkommt.

Markdorf, 12. August. (Teures Holz.) In der vergangenen Woche fand hier eine städt. Holzversteigerung statt, bei der 61 000 Proz. des Grundpreises erzielt wurden; je nach Art und Sorte kamen die Festmeter bis auf 14 Millionen Mark zu stehen.

Obermettingen (N. Waldshut), 12. August. (Erhängt.) Der ledige 62 Jahre alte Landwirt Karl Gintert hat sich wegen einer unheilbaren Krankheit erhängt.

Lörrach, 12. August. (Schwere Mordtat.) In Hertingen im Bezirk Lörrach ereignete sich am Montag eine schwere Mordtat, die das ganze Verbrechen in furchtbare Aufregung versetzte. Der Landwirt Friedrich Dreher, der erst vor wenigen Tagen nach Hertingen gekommen war, um für seine Familie hier einen Dienst zu suchen, wurde von dem 22 Jahre alten Walter Beier aus Freiburg erschossen und der jetzt 16 Jahre alte Karl Bürglin wurde durch Beier schwer verletzt. Beier, der bereits im vergangenen Jahr im Auftrag des Staatlichen Weinbauinstituts Freiburg in Hertingen weilte und damals schon die Eifersucht der Hertinger Burtschen erregte, weilte vor etwa 14 Tagen wieder in Hertingen und schoß im Verlaufe eines Wortwechsels auf den Schlosserlehrling Karl Bürglin, ohne doch ihn zu treffen. Als er nun wieder in Hertingen war und mit dem Landwirt Friedrich Dreher einen Wagen Klee heimführte, trat Bürglin an Beier heran und machte ihm Vorwürfe wegen der Schiefhangeligkeit und stieß ihm dabei gegen die Schulter. Beier zog einen Revolver und feuerte gegen Bürglin. Der Schuß traf aber den Landwirt Dreher, der vermittelnd an Beier herantreten wollte, in die Herzgegend, so daß er sofort tot war. Ein weiterer Schuß traf den davonellenden Bürglin und verletzte ihn an der Lunge, jedoch nicht lebensgefährlich. Beier wurde sofort von der Gendarmerie verhaftet und nach Lörrach ins Gefängnis gebracht. Bei dem Transport hatte die Gendarmerie Mühe, ihn vor dem Gelyndtwerden zu bewahren. Dreher hinterläßt eine Frau mit zwei unmündigen Kindern.

Wasserburg (Bodensee), 9. Aug. (Eine freudige Ueber-raschung) erlebte ein hiesiger Schreinermeister, der von einem Bauern einen alten Schrank für billiges Geld erstanden hatte. Als er das Möbelstück wegtransportieren wollte, fiel aus einer Fuge des Kastens ein Zwanzigmarschstück heraus. Bei weiterer Untersuchung entdeckte er in dem Kasten ein Geheimfach, in dem noch 4 Goldstücke verborgen waren.

Schramberg, 12. August. (Brandstiftung.) Kürzlich war in dem Hause des Küstermeisters Ginter hier ein Brand ausgebrochen, der erheblichen Schaden anrichtete. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde nun die Frau des Küstermeisters, Paula Ginter, vorläufig in Haft genommen. Sie soll die Tat infolge von Mieterstreitigkeiten begangen haben.

Erneuter Ueberfall auf Bergdoll in Eberbach.

Wiederum mißglückt. — Ein Angreifer erschossen, ein anderer schwer verletzt. — Drei Helfershelfer verhaftet.

Eberbach, 11. August. Wie die „Eberb. Ztg.“ berichtet, wurde am Freitag abend 10 Uhr auf den Deutschamerikaner Bergdoll in seinem Hotelzimmer ein neuer Ueberfall zwecks Entführung unternommen. Als Bergdoll das Zimmer in der Dunkelheit betreten und abgeschlossen hatte, stürzten sich zwei Männer auf ihn und warfen ihn auf das Bett. Es gelang ihm, einem der Angreifer den Finger zu durchbeißen, so daß er etwas Luft bekam und die Angreifer von sich stoßen konnte. Diesen Augenblick benutzte er, seinen Revolver zu ziehen und in der Dunkelheit 6 Schüsse abzugeben. Der eine Angreifer wurde getötet, der andere schwer verletzt. Beide sind Franzosen, die in amerikanischem Solde stehen. Der Ueberfall scheint gut vorbereitet gewesen zu sein. Es ist festgestellt, daß die beiden Ausländer am Tage vorher in dem Hotel Bohmann abgeblieben waren. Aus diesem Grunde war Bergdoll genötigt, das Zimmer, das er bisher besessen, mit einem anderen zu vertauschen. Die beiden Fremden hatten sich zu diesem Zimmer Schlüssel verschafft und waren eingedrungen, ehe Bergdoll sich zur Ruhe begeben hatte. Einer der Angreifer hatte sich im Schranke versteckt, der andere stand an der Türe und packte Bergdoll am Hals, als er eintrat. Infolge seiner großen körperlichen Gewandtheit konnte Bergdoll die beiden Angreifer übermächtigen. Die beiden Angreifer waren unterstützt von einem russischen Fürsten und einem amerikanischen Oberleutnant mit Chauffeur. Sie kamen in einem amerikanischen Staatsautomobil, das eine amerikanische Nummer trägt. Auch diese drei wurden verhaftet und das Auto beschlagnahmt. Die Bevölkerung war so aufgebracht, daß die Gendarmerie Mühe hatte, die Verhafteten vor Lynchjustiz zu schützen.

Neueste amtliche Kurse

vom 10. August 1923.

Mitgeteilt von der Bankfirma Max Meyer, Filiale Sinsheim.

Table with 2 columns: Anleihen (5% Dtsch. Reichsanleihe 7000%, Dt. Sparprämienanleihe 16000%) and Bankaktien (Darmstädter Bank, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Rhein. Creditbank, Südd. Discontoges.).

Table with 2 columns: Industriek Aktien (Alderwerke Kleyer 2000000%, Allgem. Elektr.-Ges. 4200000%, Bad. Anilin 7300000%, Chem. Sinsheim 6000000%, Daimler Motoren 1600000%, Elektr. Licht u. Kraft 3000000%, Fuchs Waggon 1600000%, Heidelberger Cement 4000000%, Höpfler Farben 5600000%, Karlsruhe Maschinen 1400000%, Knorr Heilbronn 2000000%, Neckar. Fahrzeugw. 4500000%, Zellstoff Waldhof 2600000%, Zuckerfabr. Heilbronn 3300000%, Waghäusel 3200000%).

Table with 2 columns: Schiffahrtsaktien (Nagag 17000000%, Nordd. Lloyd 5300000%) and Freiverkehrswerte (Benz Motoren 4000000%, Germania Linoleum 6800000%, Gummiwerke Neckar 3000000%).

Table with 2 columns: Berliner Metallmarkt (Elektrolytkupfer Mk., Raffinadekupfer 1300000, Hüttenweichblei 490000, Sinn, Banca 3900000, Hüttenrohblei 660000 für 1 Kilo.) and Hamburger Metallmarkt (Silber per Kilo Mk., Gold in Barren p. Gr., Platin per Gramm).

Table with 2 columns: Reichsbankdiskont (30%), Reichsbanklombard (31%), Goldfr. Fr. 20 = 5200000 Mk., Goldsolldaufg. 10919 900 v. S., Goldankaufspreis 252 300 fadje, Silberankaufspreis 50 000 fadje.

Advertisement for Frau Sofie Jdler Wtw. geb. Plock, Lausanne, Prof. August Ratzel, Frankfurt a. M. Sinsheim, den 12. August 1923. Text: Für die liebevolle Teilnahme während der Krankheit und bei dem Hinscheiden unserer lieben Schwester und Tante...

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nr. 58 Nachprüfung des Wertes der Sachbezüge (§ 160 Abs. 2 R. V. D.) betr.
 Auf Grund des § 160 Abs. 2 R. V. D. in der Fassung des § 5 des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen in Verbindung mit § 16 der Verordnung, den Vollzug der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Krankenversicherung betr. vom 2. 6. 1913 (G. u. V. D. Bl. 1913 S. 441) und Abs. 4 Ziffer 1 des Erlasses des Herrn Arbeitsministers vom 28. 4. 23 Nr. 18 885 wird nach Anhörung des Bezirksrates der im Bezirk befindlichen Krankenkassen und der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Wert der Sachbezüge der nach der Reichsversicherungsordnung versicherungspflichtigen Personen im Amtsbezirk Sinsheim mit Wirkung vom 1. 8. 1923 auf 120 000 Mk. täglich festgesetzt. Wegen der Verteilung der Beträge auf die einzelnen Wahlzeiten zc. gilt unsere Bekanntmachung vom 17. 2. 23.
 Sinsheim, den 10. August 1923.
 Bad. Bezirksamt — Versicherungsamt.

Bekanntmachung über Tabaksteuer.

Nach einer Anordnung des Herrn Reichsfinanzministers ist der Einzelverkauf von Zigarren und Zigaretten aus Umschließungen, zu deren Besteuerung Tabaksteuerzeichen der bis zum 1. Juli 1922 gültig gewesenen höchsten Steuerklassen (bei Zigarren „über 300 Pfennig“ bei Zigaretten „über 50 Pfennig“ das Stück) verwendet worden sind, vom 1. Oktober 1923 an untersagt.
 Heidelberg, den 4. August 1923. Hauptzollamt.

Die Reichsbahndirektion in Karlsruhe gibt Notgeld (Guthscheine) aus zunächst in Scheinen von einer Million und zwei Millionen. Die Scheine nehmen alle Eisenbahnkassen zur Zahlung an. Allgemeine Annahme der Guthscheine in Banken, öffentlichen Kassen und Kleinhandelsgeschäften ist im öffentlichen Interesse geboten.
 Heidelberg, den 10. August 1923. Betriebsinspektion.

Wimpfen. Brennholzverkauf.



Im Wege des schriftlichen Angebots hat die Gemeinde Wimpfen aus dem Forstwald, Distrikt: Haidenrain, Saubrunnen, Dürrköpfel und Dachsbau gegen sofortige Barzahlung zu vergeben:
 4 Lose buche Scheiter, je 40 Raummeter,
 3 Lose buche Knüppel, je 51 Raummeter,
 1 Los eiche Scheiter u. Knüppel 53 Raummeter.

Angebote mit der Aufschrift „Brennholz“ sind getrennt nach Sortimente bis Samstag, den 18. August, vormittags 10 Uhr, verschlossen bei uns einzureichen.
 Wimpfen, den 8. August 1923.
 Hessische Bürgermeisterei Wimpfen.
 Sailer.

Kukirol
 Hornhaut, Schwielen und Warzen
 beseitigt schnell,
 sicher, schmerz-
 und gefahrlos

Verzucht empfohlen. Millionenfach bewährt. — In Apotheken und Drogerien erhältlich. — Geizen Fußschweiß, Brennen und Wundläusen Kukirol-Fußbad.
 Drogerie A. Engel.

Dix in Henkel's Seifenpulver
 Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

Gesundes Blut!
 frisches Aussehen, allgemeines Wohlbefinden, verschafft eine Kur mit Dr. Buflabs echt. Wachholder-Extrakt! Die wohltuende Wirkung d. Wachhold.-Extraktes ist seit altersher bekannt und geschätzt. Zu haben bei:
 A. Engel, Engel-Drogerie.

Kopflinje mit Brant
 vernichtet verblühende Goliognist
 doppelstark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien

Niederl.: Dr. R. Kieffer, Apotheke.

Drucksachen aller Art liefert schnell und gut die G. Becker'sche Buchdruckerei, Sinsheim.

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches

Zinsen und Rückzahlung reichsgesetzlich sichergestellt durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen.

Das Reich beabsichtigt, eine wertbeständige Anleihe mit 12jähriger Laufzeit auszugeben. Die Anleihe, welche auf den Gegenwert von Dollars lautet, soll dazu dienen, der Bevölkerung ein wertbeständiges Anlagepapier zur Verfügung zu stellen. Die Anleihe ist von der Börsenumsatzsteuer befreit. — Selbstgezeichnete Anleihe ist von der Erbschaftsteuer frei. Um den Zinsbedarf für eine Anleihe bis zu 500 Millionen Mark Gold zu decken, sieht ein von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegter Gesetzentwurf die Ermächtigung für die Reichsregierung vor, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben. Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt nach 12 Jahren. Zur besonderen Sicherung der Kapitalrückzahlung ermächtigt der Gesetzentwurf die Reichsregierung, die einzelnen Vermögenssteuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens zur Aufbringung des Kapitalbedarfs heranzuziehen. Es haften also für Kapital und Zinsen dieser Anleihe anteilig die gesamte deutsche Wirtschaft, Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft, sowie jeder, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt. Die Anleihe ist bei den Darlehenskassen des Reiches beleihbar. Die Einführung zum Börsenhandel erfolgt sofort nach Ausgabe der Stücke.

Bedingungen

Die Zeichnung findet vom 15. August ab statt.

1. Zeichnungsstelle, Annahmestellen.

Bestimmung über den Zeichnungsschluss bleibt vorbehalten. Zeichnungsstelle ist die Reichsbank. Zeichnungen werden bei der Zeichnungs-Abteilung der Reichshauptbank, Berlin C 2, Breite Straße 8/9 (Postcheckkonto 96300), und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegen genommen. Die Zeichnungen können auch durch Vermittlung der Staatsbanken der Länder und ihrer Zweiganstalten, der Preuß. Central-Genossenschaftskasse in Berlin sowie sämtlicher im amtlichen Prospekt angegebener Geldinstitute und ihrer Zweiganstalten erfolgen*). In diesem Falle entstehen hinsichtlich der Lieferung der Stücke und der Zahlung des Zeichnungspreises Rechtsbeziehungen nur zwischen dem Zeichner und der Annahmestelle.

2. Einteilung, Zinslauf, Einlösung der Anleihe.

Die Anleihestücke und die Zinscheine lauten auf Mark in der Weise, daß 4,20 M. gleich 1 Dollar sind. Die Anleihe ist ausgefertigt in Stücken von 4,20 M. = 1 Dollar, 8,40 M. = 2 Dollar, 21 M. = 5 Dollar, 42 M. = 10 Dollar, 105 M. = 25 Dollar, 210 M. = 50 Dollar, 420 M. = 100 Dollar, 2100 M. = 500 Dollar, 4200 M. = 1000 Dollar.

Die Anleihestücke von 4,20 M., 8,40 M. und 21 M. werden ohne Zinscheine ausgegeben; sie werden am 2. Sept. 1935 mit einem Aufgeld zum Nennwert von 70 vom Hundert eingelöst.

Die Anleihestücke von 42 M. und darüber sind mit Zinscheinen versehen, zahlbar jährlich einmal am 1. September. Der Zinsfuß beträgt 6%. Der Zinslauf beginnt am 1. September 1923. Der erste Zinschein ist am 1. September 1924 fällig. Die Rückzahlung des Kapitals erfolgt am 2. September 1935 zum Nennwert.

Die Stücke sowie die Zinscheine werden in Mark eingelöst, wobei der Dollar zu dem Durchschnitt der amtlichen Berliner Notierung des Mittelkurses für Auszahlung Newyork in der Zeit vom 15. Juli bis 14. August einschließlich umgerechnet wird. Der Einlöschungskurs wird amtlich bekannt gegeben.

3. Zeichnungspreis, Einzahlung.

Der Zeichnungspreis beträgt, soweit die Zeichnung in einer der nachstehend verzeichneten Devisen erfolgt, bis auf weiteres 95%, für die Einzahlung in Mark bis auf weiteres 100%; eine Erhöhung des Zeichnungspreises bleibt vorbehalten. Die Einzahlung muß am Tage der Zeichnung geleistet werden. Bei Ueberweisung von Markbeträgen gilt als Zeichnungs- und

Zahltag der Tag, an dem die Ueberweisung bei der Annahmestelle zur Gutschrift gelangt. Für Markeinzahlungen wird der Dollar umgerechnet zu dem letzten vor dem Zeichnungstage notierten amtlichen Berliner Mittelkurs für Auszahlung Newyork. Von Devisen (Noten, Schecks, Auszahlung) sind zur Einzahlung zugelassen amerikanische Dollars, Pfunde, Sterling, holländische Gulden, schweizerische Franken, nordische Kronen, spanische Peseten, argentinische Pesos, japanische Yen. Die Kosten der Einziehung der Valutenschecks sind von den Zeichnern zu tragen. Bei Zahlung mit Valutenschecks werden die üblichen Laufzinsen in Abzug gebracht. Das Wertverhältnis der einzelnen Währungen zum Dollar wird für die Zwecke der Einzahlung besonders bekanntgegeben und ist bei den Annahmestellen zu erfahren.

Spitzenbeträge werden in Mark vergütet, und zwar bei eingereichten Noten zum Mittelkurs für Auslandsauszahlung der letzten Berliner Notierung vor dem Zeichnungstage alsbald, bei Schecks und Auszahlungen erst nach Eingang der Gutschriftsanzeige aus dem Auslande und zum Kurse des Tages, an dem die Gutschriftsanzeige bei der Reichsbank in Berlin eingeht.

Dollarschahanweisungen werden zum Nennwert zuzüglich der jeweiligen Zinsen von 1/2% im Monat (im Monat August zu 102%) wie Dollars in Zahlung genommen.

Boranmeldungen werden angenommen. Sie sind am ersten Zeichnungstage zu berichtigen, und zwar, soweit die Einzahlung in Mark erfolgt, zu dem für diesen Tag maßgebenden Kurse, soweit sie in Devisen erfolgt, zu den bei den Annahmestellen zu erfahrenden Umrechnungskursen. Bei der Zeichnung findet keine Berechnung von Stückzinsen statt; an ihre Stelle treten gegebenenfalls Erhöhungen der Zeichnungskurse.

4. Zuteilung der Stücke.

Gezeichnete und bezahlte Beträge gelten als voll zuteilt, solange die Zeichnung nicht geschlossen ist. Wünsche wegen der Stückelung sind in dem dafür vorgesehenen Raum auf der Vorderseite des Zeichnungsscheines anzugeben. Werden derartige Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht, so wird die Stückelung von den Annahmestellen nach ihrem Ermessen vorgenommen. Späteren Anträgen auf Abänderung kann nicht stattgegeben werden.

5. Ausgabe der Stücke.

Die Anleihestücke werden mit Beschleunigung hergestellt. Mit der Ausgabe wird Mitte September dieses Jahres begonnen werden. Zwischenstücken sind nicht vorgegeben.

Ist die Zahlung mit Scheck oder Auszahlung erfolgt, so werden die Stücke erst nach Werteingang geliefert.

Berlin, im August 1923.

Reichsbank - Direktorium

Havenstein. v. Grimm.

*) Die Prospekte sind bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und ihren Verbänden sowie Kreditgenossenschaften erhältlich.